

werden. Beginnend mit dem Jahr 2007 stehen dann dem Nachbarland auch jährlich 30 Stipendien der chinesischen Regierung für ein Studium in China zur Verfügung.

Im Bereich der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen – mit einem Handelsvolumen von inzwischen ca. 400-500 Mio. US\$ jährlich bislang eine sehr einseitige Angelegenheit chinesischer Exporte – soll die Kooperation insbesondere auf dem Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationssektor sowie bei der Erschließung von Rohstoffen ausgeweitet werden – alles Bereiche, in denen chinesische Firmen hervorragend aufgestellt sind bzw. in China ein großer Bedarf besteht. Chinesische Investoren sind in Afghanistan willkommen, und die chinesische Regierung beschloss, beginnend mit dem 1. Juli dieses Jahres, die Zollfreiheit für 278 Produkte bei der Einfuhr nach China. (XNA, 19.6.06, 20.6.06; WSJ, 19.6.06; Xinhua, 19.6.06, nach BBC PF, 19.6.06)

Innenpolitik

Katrin Willmann

85. Jahrestag der Gründung der KPCh

Am 1. Juli 2006 feierte die Kommunistische Partei Chinas den 85. Jahrestag ihrer Gründung im Jahr 1921. Das eigentliche Gründungsdatum liegt allerdings am 23. Juli 1921 und den Folgetagen. Gemäß aktueller Statistiken vom Juni d.J. hatte die Partei Ende 2005 70,8 Mio. Mitglieder. 23% der Mitglieder sind jünger als 35 Jahre, 19,2% sind Frau-

en und 29% verfügen über einen höheren Bildungsabschluss.

Wie auch anlässlich des 80. Jahrestages wurde der diesjährige Jahrestag von Fernsehserien zur Revolutions- und Parteigeschichte und Feierstunden umrahmt. Die vom staatlichen Fernsehsender übertragene 90-minütige Rede in der Großen Halle des Volkes in Beijing hielt der Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh, Hu Jintao. Damit folgte er seinem Amtsvorgänger Jiang Zemin, der fünf Jahre zuvor die Festrede anstelle des Ministerpräsidenten, Li Peng, gehalten hatte (vgl. C.a., 2001/7, Ü 9).

Hu Jintao kündigte in seiner Rede keine neuen Partei- oder politische Reformen an. Vielmehr ging er auf die Erfolge und den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei ein. Diese habe sich im Zeitverlauf durch theoretische Konzepte wie die „Drei Repräsentationen“ von Jiang Zemin sowie dem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“ und der „harmonischen Gesellschaft“ unter seiner Führung erfolgreich an die sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Ferner repräsentiere die Partei die fundamentalen Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung und habe ihre „fortschrittliche Natur“ durch Erziehungskampagnen bewahren können.

So konnte die im Januar 2005 initiierte ideologische Erziehungskampagne zur „Bewahrung der Fortschrittlichkeit der Partei“ (*baochi dangyuan xianjinxing*) planmäßig nach 18 Monaten kurz vor den Feierlichkeiten erfolgreich beendet werden (vgl. C.a., 1/2005, Ü 11; 4/2005, Ü 11). Ihre erklärten Ziele waren, die Qualität der Parteimitglieder zu erhöhen, die Basisorganisationen

der Partei zu stärken, den Volksmassen zu dienen und die Arbeit der Partei insgesamt zu befördern. An der größten Erziehungskampagne seit 26 Jahren waren rd. 70 Mio. Parteimitglieder und 3,5 Mio. Basisorganisationen beteiligt. 156.000 schlecht organisierte Basisorganisationen wurden reorganisiert. Gemäß des Berichts der Organisationsabteilung des ZK der KPCh wurden im Rahmen der Legitimationsoffensive 44.738 zumeist korrupte Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen.

Die Fortführung des Antikorruptionskampfes und die Verbesserung der Regierungskapazität stellte Hu Jintao in seiner Rede allerdings trotz der bisherigen Erfolge als zukünftig weiterhin relevante Herausforderungen heraus; beides sei von „historischer Wichtigkeit“ für die Partei. Wie notwendig auch eine Verstärkung des Antikorruptionskampfes ist, zeigt sich an den neuesten Statistiken. Im Jahr 2005 wurde zwar gegen 8.490 Funktionäre wegen Korruptionsdelikten ermittelt, Zweifel an der tatsächlichen Umsetzung des Antikorruptionskampfes lässt jedoch ein im Juli d.J. in China veröffentlichter Bericht der Generalstaatsanwaltschaft aufkommen. Demnach erhielten im Jahr 2005 80% der korrupten Kader nur aufgeschobene Haftstrafen oder wurden sogar von strafrechtlicher Verfolgung ausgeschlossen. Das sind 50% mehr als im Vergleichsjahr 2001 (zu den jüngsten Korruptionsfällen siehe die Dokumentation unten in diesem Heft).

Ausländische Kommentatoren kritisieren, dass Hu in seiner Rede keine eigenen Akzente setzte und keine eigenen Ideen vorstellte. Stattdessen habe er auf Kampagnen

und Konzepte anderer verwiesen. So wird Zeng Qinghong, stellvertretender Staatspräsident, beispielsweise als Architekt der jüngsten ideologischen Erziehungskampagne angesehen. Diesen Stimmen kann entgegengehalten werden, dass Hu Jintao durchaus auf eigene parteipolitische Konzepte unter seiner Regierungszeit einging. Darüber hinaus zeigen Ausführungen, dass die erläuterten Erfolge seiner Meinung nach nicht ausreichen und deshalb auf Kontinuität gesetzt werden muss. Die Verbesserung und Erhaltung der Regierungskapazität der KPCh sieht Hu für die weitere Zukunft demnach als essenziell an. (RMRB, 30.6., 1.7.06; Xinhua, 26., 29., 30.6.06, nach BBC, PF, 29., 30.6., 5.7.06; XNA, 19., 23., 30.6.06; FAZ, 1.7.06; WSJ, 29.6.06; ST, 14.7.06; SCMP, 14.7.06; FT, 1./2.7.06; SCMP, 26.7.06)

Bemühen um Entschärfung des Richtungsstreits im Reformkurs

Die seit der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2006 von linksgerichteten Kritikern eingeleitete Debatte um den zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Reformkurs konnte bislang augenscheinlich noch nicht zugunsten der Führungsspitze unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zum Ende gebracht werden (vgl. C.a., 2/2006, S. 51-59; 3/2006, S. 113-115). Trotz aller Bekenntnisse zu einem Festhalten an dem pragmatischen Reformkurs auch anlässlich des 85. Jahrestages der Gründung der KPCh haben sich im Juni d.J. nun auch zwei wichtige Partei- und Propagandaorgane auf Seiten der Regierung eingeschaltet.

In einem Kommentar in der *Renmin Ribao* (Volkszeitung) vom 5. Juni d.J. wurde eindeutig für die Fortführung und Vertiefung des Reformkurses plädiert. Unterlegt mit Zitaten von Staats- und Parteichef Hu Jintao bezeichnete der Kommentator die Reform- und Öffnungspolitik als einzige Möglichkeit, die bereits erreichten Erfolge konservieren und neue Erfolge erreichen zu können. Während des seit 28 Jahren vollzogenen Reformkurses habe der Sozialismus chinesischer Prägung als Entwicklungspfad entwickelt werden können und nur dadurch hätte das Land während der tief greifenden Veränderungen im internationalen Umfeld bestehen sowie Ereignisse wie die Asienkrise oder die SARS-Epidemie überstehen können. Kritiker der negativen Auswirkungen der Wirtschaftsreformen für die Bevölkerung wurden in dem Text auf die praktischen Erfahrungen während der Reformen hingewiesen. Demnach könne nur eine Vertiefung der Reformen die Lösung für beschleunigte wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Auflösung von Gegensätzen sein.

Das Parteijournal *Qiushi* (Wahrheitssuche) veröffentlichte Anfang Juni ebenfalls einen Artikel, in dem nochmals vehement die Notwendigkeit eines fortgeführten Reform- und Öffnungskurses beschworen wurde. Nur diese Reformen könnten die bestehenden und auch zukünftig zu erwartenden Probleme und Disparitäten auflösen und das Land für den internationalen wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerb rüsten.

Die Führungsspitze unternahm damit einen weiteren Versuch, Forderungen nach einem Kurswechsel in der Reformpolitik

Einhalt zu gebieten. Gleichzeitig sollen weitere Schritte in Richtung einer Lösung bestehender Probleme wie der ungerechten Einkommensverteilung unternommen werden. Wie Staatsmedien Ende Juli berichteten, sollen aktive öffentliche Bedienstete und diejenigen im Ruhestand zu den ersten Nutznießern einer Einkommenserhöhung werden. Erstmals seit 1993 sind für das Jahr 2006 Gehaltserhöhungen mit einem Ausgabevolumen von rd. 35 Mio. Yuan RMB vorgesehen, um damit Einkommensunterschiede zwischen öffentlich Bediensteten auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen auszugleichen. Ferner soll so ihre Empfänglichkeit für Bestechungsgelder vermindert werden.

Diskussionen um politische Reformen bekamen Mitte Juli neuen Auftrieb, als der frühere stellvertretende Chefredakteur der *Renmin Ribao* und Befürworter der Reformen unter Deng Xiaoping, Zhou Ruijin, politische Reformen nach dem Vorbild Vietnams einforderte. In den Guangzhouer *Yangcheng Evening News* bezeichnete Zhou die erstmalig im Juni d.J. durchgeführte kompetitive Wahl des vietnamesischen Staatspräsidenten als beispielhaft. Dort stellten sich zwei Bewerber den Wahlen auf der Plenartagung der 11. Nationalversammlung. Zhou bemerkte in seinem Artikel kritisch, dass die Kommunistische Partei Vietnams die KPCh bereits bei den innerparteilichen Reformen überholt habe und ihr hoher Grad an Transparenz vorbildlich sei. Zwar stellte er sich damit auf die Seite der linksgerichteten Reformkräfte, seine Äußerungen in den vorangegangenen Monaten zeichnen allerdings ein sehr widersprüchliches Bild. Erst im Februar d.J. hatte Zhou

in einem Kommentar im Wirtschafts- und Finanzmagazin *Caijing* ganz klar Stellung auf Seiten der Staats- und Parteiführung bezogen, indem er den bisherigen Reformkurs vehement verteidigte.

Nichtsdestotrotz forderte Zhous Lob für die politischen Reformen in Vietnam die Gegenreaktion ideologisch gestählter Hardliner heraus. Li Junru, Vizepräsident der Zentralen Parteischule in Beijing, bemühte in seinem Interview für die Internetausgabe der *Renmin Ribao* am 24. Juli das bekannte Argument, dass jedes Land seinem eigenen Demokratisierungsmodell folgen müsse. Die öffentliche Diskussion um politische Reformen wurde im Berichtszeitraum somit in einem gewissen Rahmen weitergeführt und nicht etwa durch Publikationsverbot im Keime erstickt. (QS website, 1.6.06, nach BBC PF, 12.6.06; RMRB, 4.6.06; FT, 6.6.06; *Economist*, 17.6.06; XNA, 22.7.06; SCMP, 13., 23.7.06; *China Brief*, vol. 6, issue 16, 2.8.06)

Weitere Umbesetzungen in Partei- und Regierungsämtern

Seit Beginn des Jahres 2006 werden in Vorbereitung auf den XVII. Parteitag der KPCh im Herbst 2007 wichtige Ämter auf Lokal- und Provinzebene sowie in Staatsratsorganen personell neu besetzt (vgl. C.a., 1/2006, S. 104-106; 3/2006, S. 115-116). Der Trend, wichtige Positionen mit Vertrauten des Staats- und Parteichefs Hu Jintao aus seiner Machtbasis, der Kommunistischen Jugendliga, zu besetzen, setzte sich im Juni und Juli d.J. fort.

In der südchinesischen Provinz Guangdong wurde der frühere Leiter der Propa-

gandaabteilung, Zhu Xiaodan, zum neuen Parteisekretär der Provinzhauptstadt Guangzhou ernannt. Der 53-jährige Zhu war Mitte der 1980er Jahre Vizevorsitzender des Guangdonger Jugendverbandes, als der amtierende Staats- und Parteichef Hu Jintao dem Zentralkomitee der Kommunistischen Jugendliga vorsah. Sein Amtsvorgänger in Guangzhou, Lin Shusen, wurde indes zum stellvertretenden Parteisekretär und Provinzgouverneur der Provinz Guizhou ernannt und übernimmt damit eine Doppelfunktion.

Yuan Chunqing und Zhang Qingli, ebenfalls Mitarbeiter in der kommunistischen Jugendliga in den 1980er Jahren, übernehmen seit Mai und Juni die Ämter des Provinzgouverneurs von Shaanxi bzw. des Parteisekretärs der Autonomen Region Tibet. Beide gehören zur neuen Generation der fachlich hervorragend ausgebildeten Parteikader. Yuan ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler, Zhang studierte Agrarökonomie. Der frühere Parteisekretär der Autonomen Region Tibet, Yang Chuantang, ist im Juni im Gegenzug zum stellvertretenden Minister der staatlichen Kommission für ethnische Angelegenheiten ernannt worden.

Huang Ju, Mitglied des neunköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros und erster stellvertretender Ministerpräsident, meldete sich unterdessen im Juni trotz seiner vermuteten schweren Krebserkrankung auf der politischen Bühne zurück. Nachdem er Ende Januar d.J. seinen letzten öffentlichen Auftritt hatte ließ er bereits seit April offizielle Briefe und Dokumente veröffentlichen, um seine Rückkehr vorzubereiten (vgl. C.a., 2/2006, S. 104-106). Befürchtun-

gen, durch seinen Rückzug aus dem politischen Tagesgeschäft könnten wichtige Reformen im Finanzsektor aufgeschoben werden, trat Huang sogleich entgegen. So bekräftigte er inzwischen, die Öffnung des Finanzsektors gemäß der Regeln der WTO vorantreiben zu wollen. (SCMP, 1., 27.7.06; ST, 3., 20.6.06; XNA, 28.6., 20.7.06)

Neue Korruptionsfälle unter hochrangigen Funktionären

Mitte Juni 2006 wurde ein weiterer prominenter Führungskader wegen Korruption seines Amtes enthoben. Die Entlassung des Vizebürgermeisters von Beijing, Liu Zhihua, wirft jedoch nicht nur ein weiteres schlechtes Licht auf die öffentlich Bediensteten, sondern auch auf das nationale Olympiaprojekt.

Liu Zhihua war mit dem Bau von Olympiastätten, der Infrastruktur und der Landvergabe betraut, Projekte mit einem großen Anteil an dem Beijinger Ausgabevolumen in Höhe von 40 Mrd. US\$ für die Olympischen Spiele. Als neuer Chef des Olympischen Bauamtes wurde Ji Lin, ebenfalls Vizebürgermeister Beijings, eingesetzt. Offizielle Stellen gaben keine ausführliche Begründung für den Personalwechsel. Wie Hongkonger und chinesische Medien allerdings spekulierten, dürften die Vorwürfe Bestechung, illegale Kreditvergabe und unsolider Lebenswandel sein. Das Beijinger Olympische Organisationskomitee war indes um Distanzierung von Liu bemüht, der kein Amt in diesem Gremium bekleidet hatte. Unklar ist bislang, ob Liu allein wegen des Vorwurfs der Korruption ins Visier geraten

ist oder ob er Opfer eines internen Machtkampfes wurde.

Der 63-jährige Vizeadmiral Wang Shouye, einer von fünf stellvertretenden Kommandeuren der chinesischen Marine, wurde seines Amtes wegen der Annahme von Bestechungsgeldern von mehreren Millionen Yuan RMB enthoben. Ferner musste er sein Mandat als Mitglied des Nationalen Volkskongresses niederlegen.

Zhang Ruoshao, ehemaliger Parteisekretär der Stadt Heshan in der südchinesischen Provinz Guangdong, erhielt im Juli die bislang höchste Strafe für ein Korruptionsdelikt. Er soll Bestechungsgelder in Höhe von 3,85 Mio. Yuan RMB angenommen haben. Weitere 4,71 Mio. Yuan RMB ohne bekannte Herkunft soll er auf einer Bank in der Provinzhauptstadt Guangzhou deponiert haben. Das Volksgericht in Jiangmen verhängte dafür mit 14,5 Jahren eine der bislang höchsten Strafen in Korruptionsfällen. Ungewöhnlich dabei ist, dass die Behörden auf sein Vergehen erst im April 2004 aufmerksam wurden, als seine Ehefrau, Hu Zhaoxiu, einen Menschen tötete, der Geld von diesem Konto gestohlen hatte.

Der wegen Korruption 1995 vom damaligen Staats- und Parteichef Jiang Zemin entmachtete und 1998 verurteilte frühere Parteisekretär Beijings und Mitglied des Politbüros der KPCh, Chen Xitong, wurde im Juli vorzeitig aus der Haft entlassen (vgl. C.a., 1998/8, Ü 5). Er verbüßte damit nur 8 von 16 Jahren Freiheitsstrafe im Gefängnis. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes wurde der heute 76-Jährige in ein Beijinger Militärkrankenhaus überführt. (WSJ, 6., 14.,

19., 23.7.06; ST, 15.7.06; FT, 15.6.06; XNA, 6.7.06; SCMP, 24.7.06)

Widersprüchliche Signale zum Problem der Landnahme

Zwei Fälle von repressivem Vorgehen gegen einen Landrechtsaktivisten und einen Anwalt, der Geschädigte juristisch vertritt, machten im Berichtszeitraum Juni bis Juli 2006 Schlagzeilen.

Zu einem Übergriff mit verheerenden Folgen kam es Anfang Juni im Bezirk Zigui (Provinz Hubei). Der zwangsumgesiedelte Landrechtsaktivist Fu Xiancai hatte in einem Interview mit dem deutschen Fernsehsender ARD Mitte Mai 2006 ohne Anonymisierung die fehlende Entschädigung für seine Grundstücksenteignung zum Bau des Drei-Schluchten-Staudamms und Repressalien aufgrund seiner Beschwerden über die Umsiedlungspolitik kritisiert. Sein Kampf dauert seit 10 Jahren an. Zu diesem Interview musste Fu drei Wochen später gegenüber dem lokalen Amt für Öffentliche Sicherheit Stellung nehmen. Auf dem Nachhauseweg wurde er dann von Unbekannten dermaßen verprügelt, dass er mit schwersten Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste und seither querschnittsgelähmt ist. Erst deutsche Finanzhilfen ermöglichten dem Aktivisten eine notwendige Operation. Der Aufforderung des deutschen Auswärtigen Amtes, die Umstände dieses Übergriffes vollständig aufzuklären, kamen lokale Ermittler lediglich mit der zweifelhaften Erklärung nach, dass sich Fu die Verletzungen selbst beigelegt habe.

Der Rechtsanwalt Zheng Enchong wurde Anfang Juni vorzeitig aus dreijähriger Gefängnishaft entlassen. Er hatte im Jahr 2001 Hunderte zwangsumgesiedelter Anwohner vertreten, die Rechtsmittel gegen einen prominenten Immobilienhändler in Shanghai wegen ausstehender Kompensationszahlungen eingelegt hatten. Im Jahr 2003 war er dann wegen der Preisgabe von Staatsgeheimnissen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Wenige Tage nach seiner Entlassung wurde er kurzzeitig erneut inhaftiert, weil er wegen eines vermeintlichen Interviews für ausländische Medien angeblich gegen Verwaltungsbestimmungen verstoßen habe.

Die Hindernisse für eine rechtliche Vertretung unentschädigter und zwangsumgesiedelter Bürger in städtischen und ländlichen Gebieten scheinen unterdessen größer zu werden. Wie Hongkonger Medien berichteten, veröffentlichte die chinesische Anwaltsvereinigung im Mai d.J. eine „Richtlinie für Anwälte, die Fälle für Gruppen bearbeiten“. Darin werden Restriktionen für Anwälte ausgesprochen, die benachteiligte Gruppen wie Landentrechtete juristisch vertreten. Sie sind nun z.B. angehalten, Berichte über ihre Tätigkeit bei der Anwaltsvereinigung abzugeben, und sollen die Supervision und Anleitung juristischer und administrativer Organe akzeptieren. Bei Verstoß gegen die Richtlinien droht der Lizenzentzug.

Ein konträres Signal in Richtung einer Wahrnehmung dieser brisanten Problematik sendete der Staatsrat im Juli. So soll ein von der Zentralregierung finanziertes 360-köpfiges Inspektionsteam unter der Führung des Ministers für Land und Ressourcen die illegale Umwandlung von Agrarfläche in In-

dustrie- oder Wohnfläche überprüfen. Gemäß des Rundschreibens vom 13. Juli 2006 wird ein Chefinspekteur im Rang eines Vizeministers Vollzeit eingesetzt werden und die Arbeit von neun Inspektionsbüros koordinieren. Diese sollen in Beijing, Shenyang, Shanghai, Nanjing, Jinan, Guangzhou, Wuhan, Chengdu und Xi'an eingerichtet werden.

Wie das Ministerium für Land und Ressourcen bekannt gab, stieg die Zahl der Fälle von illegaler Umwandlung von Agrarflächen allein in den ersten fünf Monaten d.J. im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20%. Dies betrifft eine Gesamtfläche von rd. 12.242 ha. Prognosen des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherung gehen davon aus, dass innerhalb des 11. Fünf-Jahres-Programms jährlich 3 Mio. Bauern ihr Land verlieren werden. Keinen Hinweis gibt das neue Rundschreiben, welche weiteren Maßnahmen gegen die korrupten lokalen Kader ergriffen werden, die vorgesehene Entschädigungszahlen veruntreuen. (*die tageszeitung*, 14., 15., 16.6.06; NZZ, 14.6.06; FAZ, 14.6.06; HB, 14., 19.6.06; WSJ, 13., 15.6.06; SCMP, 25., 28.7.06; *Ming Pao*, 18.7., 11.6.06, nach BBC PF, 20.7., 13.6.06; XNA, 27.7.06)

Ausweitung der Medienzensur

Im Juni und Juli 2006 sorgte die Vorlage der Entwurf des Staatsrats für ein „Notstandsgesetz für plötzliche Unglücke“, der dem Ständigen Ausschuss des NVK vorgelegt wurde, in der chinesischen und ausländischen Presse für Aufruhr. In diesem wird die freie Berichterstattung über Katastrophen unter Strafdrohung weiter eingeschränkt. Über „plötz-

lich eintretende Unglücke“, wozu neben Epidemien und Naturkatastrophen auch Umweltverschmutzungen und gesellschaftliche Proteste gerechnet werden, soll demzufolge nicht mehr ohne staatliche Autorisation berichtet werden können. Zuwiderhandelnden Medien wie Fernsehen, Zeitungen und Internetmedien werden mit Geldstrafen von 50.000 bis 100.000 Yuan RMB belegt. Dieses Gesetz würde sich auch gegen ausländische Medien richten.

Kritiker des Gesetzes, darunter auch chinesische Journalisten, warnen mit Nachdruck vor den Risiken für die Bevölkerung, wenn – wie in der Vergangenheit beim Chemieunfall in Songhua, aber auch beim Ausbruch von SARS – keine schnellen und umfassenden Informationen an die unmittelbar Betroffenen weitergegeben werden (vgl. C.a., 1/2006, S. 57-65). Die Regierungsseite rechtfertigt ihren Gesetzentwurf mit der Notwendigkeit, genaue und wahrheitsgetreue Berichterstattung zu gewährleisten. Außerdem würden durch das Gesetz auch Führungs- und Parteikader dafür bestraft werden können, dass sie wichtige Informationen vorenthalten und nur mit Verzögerung weiterleiten. Auch die Bevölkerung selbst wird mit dem Gesetz in die Pflicht genommen, die Regierungsstellen über Unglücke zu informieren und selbst die soziale Ordnung zu bewahren. Damit dürften die Festnahme und Bestrafung von Protestierenden erleichtert werden.

Die Provinzregierung von Guangdong verschärfte im Juli d.J. indes zusätzlich zur nationalen Gesetzgebung die Medienkontrolle im Falle eines Ausbruchs von Seuchen und Krankheiten. Krankenhäuser sind

nun angehalten, Informationen und Fragen zwei Tage vor einem Interview mit Medienvertretern vom Gesundheitsamt überprüfen zu lassen. Gerade in der dicht besiedelten südchinesischen Provinz tauchen immer wieder Fälle von Seuchen wie Vogelgrippe auf (vgl. C.a., 2004/2, Ü 18). Die jüngsten menschlichen Opfer gab es im April und Juni d.J. Über beide Fälle durften lokale Medien nicht vor einer offiziellen Stellungnahme berichten. Eine frühzeitige umfassende Warnung der Bevölkerung ist damit kaum mehr möglich.

Waren chinesische Medien anlässlich des 40. Jahrestages des Beginns der Kulturrevolution im Mai d.J. bereits angewiesen worden, auf Kommentierungen und öffentliche Diskussionen zu verzichten, weitete das staatliche Hauptamt für Presse und Verlagswesen diese Vorgabe im Juni d.J. auf alle weiteren wichtigen Jahrestage 2006 aus (vgl. C.a., 3/2006, S. 110-113). Eine strikte Kontrolle der Berichterstattung wurde z.B. für den 30. Jahrestag des Endes der Kulturrevolution, den 30. Todestag von Mao Zedong und Zhou Enlai sowie den 30. Jahrestag des Erdbebens von Tangshan angekündigt. Ziel dieser Anweisung dürfte sein, auf diese Weise erneut Kritik an der heutigen Parteiführung und ihrer Politik zu vermeiden, um keinen Nährboden für eine kollektive Mobilisierung für gesellschaftliche Proteste zu bereiten.

In einzelnen Strafverfahren gegen Journalisten wurden im Berichtszeitraum Juni bis Juli folgende Urteile gesprochen:

- Wegen Aufhetzung zur Subversion wurde Li Yuanlong Mitte Juli 2006 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jah-

ren verurteilt. Der Journalist einer Lokalzeitung in der südwestchinesischen Provinz Guizhou war bereits im Mai d.J. verhaftet worden.

- Der im Januar d.J. verhaftete Reporter einer staatlichen Wirtschaftszeitung, Yang Xiaoqing, wurde von einem Gericht in Hunan zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. Ihm wird Erpressung nach seiner Berichterstattung über Korruption in Funktionärskreisen vorgeworfen (vgl. C.a., 3/2006, S. 118-119).

(WSJ, 15.6., 13.7.06; SCMP, 26.6., 14., 22.7.06; ST, 5., 15.7.06; Xinhua, 3.7.06, nach BBC PF, 13.7.06; XNA, 27.6.06; IHT, 29.6.06)

Erste Entschädigung und neue Veröffentlichungen zum Tian'anmen-Jahrestag

Am 4. Juni 2006 jährte sich die Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens zum siebzehnten Mal. Großveranstaltungen zu diesem Gedenken fanden wie auch in den vergangenen Jahren nur in der Sonderverwaltungsregion Hongkong statt. Daran nahmen nach Angaben der Veranstalter rund 40.000 Menschen teil.

Während Aktivistinnen der „Tian'anmen-Mütter“ ihre Forderungen nach Aufarbeitung und Kompensationszahlungen erneuerten, meldete eine chinesische Website, dass die Familie eines Opfers der Niederschlagung erstmalig von chinesischen Behörden eine Entschädigungszahlung erhielt. Die Mutter von Zhou Guocong soll nun

nach jahrelangem Kampf von der Polizei in Chengdu, Hauptstadt der südwestchinesischen Provinz Sichuan, 70.000 Yuan RMB erhalten haben. Sie wirft den Sicherheitsbehörden in Chengdu vor, ihren damals 15-jährigen Sohn auf dem Nachhauseweg von der Arbeit verhaftet und in Polizeigewahrsam zu Tode geprügelt zu haben. Trotz dieses jüngsten Erfolges hat sich im Umgang mit diesem sensiblen Thema grundsätzlich nichts verändert. Die Überwachung von Dissidenten blieb anlässlich des Jahrestages weiterhin verschärft. Huang Qi, der auf seiner Website „Tianwang“ (Himmelsnetz) die Nachricht von den Entschädigungszahlungen im Mai d.J. verbreitet hatte, wurde nach Berichten der Hongkonger Zeitung *Ming Pao* dazu gezwungen, die Stadt zu verlassen. Damit unterbanden die Sicherheitsbehörden weitere Diskussionen auf seiner Website.

Im zeitlichen Umfeld des Jahrestages wurde in Hongkong außerdem eine Sammlung von Essays und Gedichten über den gestürzten früheren Ministerpräsidenten und KPCh-Generalsekretär, Zhao Ziyang, veröffentlicht. Diese enthält auch einen bislang unveröffentlichten Brief Zhao Ziyangs an die Parteiführung vom Oktober 1997. Zhao Ziyang war im Januar 2005 nach 15 Jahren Hausarrest ohne Rehabilitierung verstorben (vgl. C.a., 1/2005, S. 13-16). In dem jüngst veröffentlichten Brief habe er Hongkonger Medienberichten zufolge um seine Freilassung gebeten, da der Hausarrest physische und psychische Schäden für den damals 80-jährigen nach sich gezogen habe. Die ihm auferlegte Strafe soll Zhao zudem als Verstoß gegen das sozialistische Rechtssystem bezeichnet haben. Der frühere Chefredak-

teur der *Renmin Ribao* (Volkszeitung), Liu Chaoqi, veröffentlichte ebenfalls sein kritisches Buch über die Ereignisse und Hintergründe im Frühjahr und Sommer 1989 mit dem Titel *Diary of the Inside Story of the 4 June Incident*, das bereits zum 10. Jahrestag des Tian'anmen-Massakers fertiggestellt worden war. (ST, 1.5., 3.6.06; SCMP, 2.6.06; WSJ, 2.6.06; *Ming Pao*, 30.5., 2.6.06, nach BBC PF, 6., 7.6.06; *die tageszeitung*, 6.6.06)

Einweihung der Eisenbahnlinie von Qinghai nach Tibet

Zeitgleich zum 85. Gründungstag der KPCh am 1. Juli 2006 wurde nach der Fertigstellung des Drei-Schluchten-Staudamms im Mai 2006 das zweite Prestigeobjekt der Staats- und Parteiführung, die Eisenbahnlinie zwischen der Provinz Qinghai und der Autonomen Region Tibet, in Betrieb genommen.

Die 1.956 km lange Bahnstrecke verbindet nun die Städte Xining (Provinz Qinghai), Goldmud (Provinz Qinghai) und Lhasa (Autonome Region Tibet). Die Arbeiten an dem Bauabschnitt zwischen Xining und Golmud waren bereits 1984 begonnen worden. Die Bauarbeiten am zweiten Teil der Eisenbahnlinie folgten erst im Jahr 2001 im Rahmen der Entwicklungsstrategie für Westchina. Die vorletzte Bauphase war dann im Herbst 2005 fertiggestellt worden (vgl. C.a., 5/2005, Ü 12). Mehrmals wöchentlich werden nun aus fünf chinesischen Städten Güter- und Personenzüge in die tibetische Hauptstadt fahren. Durch die Einbindung Tibets in das chinesische Eisenbahnnetz wird von staatlicher Seite mit positiven Effekten wie

der weiteren wirtschaftlichen Belebung Tibets und der Ausweitung des Tourismus gerechnet. Kritiker fürchten hingegen eine zunehmende wirtschaftliche und militärische Kontrolle Chinas über die Autonome Region.

Welch große Bedeutung die chinesische Regierung diesem Infrastrukturprojekt beimisst, zeigt sich darin, dass Staats- und Parteichef Hu Jintao persönlich dem Festakt in Golmud beiwohnte. Die besondere Verbindung zu dem Projekt ergibt sich auch aus seiner Amtszeit als Parteisekretär Tibets von 1988 bis 1992. Den Bau der Bahnstrecke bezeichnete Hu als lang gehegten Traum mehrerer Generationen. So habe das ZK der KPCh den ersten Bauabschnitt bereits 1958 beschlossen. Außerdem rühmte Hu die damit vollbrachte technische Meisterleistung. (XNA, 1.7.06; Xinhua, 1.7.06, nach BBC PF, 3.7.06; IHT, 1./2.7.06; *Ping Kuo Jih Pao*, 23.6.06, nach BBC PF, 15.7.06)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Erneut Kritik am Bildungssystem

Die Aufnahmeprüfungen für ein Hochschul- bzw. Universitätsstudium im Juni 2006 waren – wie auch im vergangenen Jahr – begleitet von Diskussionen über einzelne Schwachpunkte des chinesischen Bildungssystems (vgl. C.a., 4/2005, Ü 20), wozu mangelhafte Bildungsqualität, Korruption im Bildungs-

system bzw. Betrug und Bildungsdisparitäten zählen.

Chinesische Bildungsexperten stellten den Erfolg der Aufnahmeprüfungen in Frage, solange diese nicht reformiert würden. So schlugen sie vor, neben den reinen Testergebnissen zusätzliche Evaluierungskriterien mit einzubeziehen, um ein umfassenderes Bild der Kandidaten zu ermöglichen. Beispielsweise könnten nach Angaben von Ji Baocheng, Präsident der Renmin Universität in Beijing, auch die Noten in der Sekundarschule mit bewertet werden, um so mehr „innovative Talente“ herauszufiltern zu können.

Die chinesische Regierung warnte indes vor gefälschten Prüfungsbögen, die seit Monaten im Internet zum Kauf angeboten würden. Einige Anbieter, die sich als Mitarbeiter der Bildungsbehörden ausgaben, wurden bereits im Vorfeld verhaftet. Doch nicht nur den Handel mit gefälschten Prüfungsunterlagen, sondern auch den Betrug während der Aufnahmeprüfungen thematisierten chinesische Medien erneut. Im letzten Jahr wären 1.700 Bewerber des Betrugs, oftmals per Mobiltelefon, überführt worden.

Die Bewerberzahl von 9,5 Mio. Schulabsolventen brach im Jahr 2006 ein weiteres Mal alle Rekorde. Davon werden sich jedoch nach Angaben chinesischer Medien lediglich 5,3 Mio. Kandidaten für ein Hochschulstudium qualifizieren. Nur 2,6 Mio. werden schließlich ein Bachelorstudium aufnehmen können. Für Bewerber aus ärmeren Provinzen stellen insbesondere die Studiengebühren eine schwer zu überwindende Hürde dar. Wie eine in der Internetausgabe der Volkszeitung (www.people.com.cn)